



**Geschäftsführung  
Stadtarbeitsgemeinschaft  
Behindertenpolitik**

Frau Lachmayr

Telefon: (0221) 221-29727

Fax: (0221) 221-6627497

E-Mail: hanelore.lachmayr@stadt-koeln.de

Datum: 21.12.2021

## Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 18.11.2021, 12:00 Uhr bis 14:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Susanne Kremer-Buttkereit

Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Steven Adam

Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusenerftkreis

Frau Annette Hepp

DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.

Herr Paul Intveen

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Herr Horst Ladenberger

Menschen mit Behinderung /ZsL

Herr Wolfgang Schaefer

Deutsches Rotes Kreuz

Herr Thorsten Steinbach

IncluCity Cologne

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Alexandra Dicks

Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH

Frau Rose Jokic

Beratungsstelle (EUTB) im "Selbstbestimmt Leben" Köln

Frau Ellen Kuhn

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln EUTB  
"Selbstbestimmt Leben" Köln

Herr Andreas Pöttgen

AWO Kreisverband Köln e.V.

#### Beratende Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm

GRÜNE

Frau Cornelia Schmerbach

Auf Vorschlag von SPD

Herr Dirk Kluwig

Auf Vorschlag von DIE LINKE

Herr Benedikt Liefertz

Auf Vorschlag von FDP

### **Ständige Gäste**

Frau Judith Beckmann

Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB)

Frau Pia Emminghaus

Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB)

Herr Dr. med Martin Theisohn

Senorenvertretung der Stadt Köln

### **Schriftführerin**

Frau Hannelore Lachmayr

161/2 Amt für Integration und Vielfalt Büro des\*r  
Behindertenbeauftragten

### **Verwaltung**

Frau Mirjam Tomse

Behindertenbeauftragte der Stadt Köln (161/2)

Herr Ulrich Horn

61 Stadtplanungsamt

Frau Insa Klock

02-6 Schwerbehindertenstelle

Herr Marc Overmann

40 Amt für Schulentwicklung

Herr Ronny Sämann

66 Amt für Strassen und Verkehrsentwicklung

Herr Leander Schulte

15 Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Herr Andreas Schwarz

161/2 Amt für Integration und Vielfalt Büro des\*r  
Behindertenbeauftragten

Frau Verena Wolbring

161/1 Amt für Integration und Vielfalt Büro für Diversity  
Management

### **Presse**

### **Zuschauende**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Jutta Geurten

AG Selbsthilfe Marcumar Selbsthilfegruppe

Frau Ute Herbst

Diakonie Michaelshoven Kinder- und Familienhilfen  
Michaelshoven gGmbH

Frau Alina-Toyah Schiller

Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Sigrid Schmitz

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft

Herr Andreas Thermann

AWO Kreisverband Köln e.V.

Herr Andreas Weber

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

### **Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Nicole Buch

ahoi Köln e.V. und Elternverein Josef-Grunewald-  
Schule/LVR

Frau Sandy Drögehorn

Landesverband Psychiatrie - Erfahrener NRW e.V.

Frau Ute Frein

VdK

Herr Heinz-Peter Helmes

Sozialverband Deutschland e. V. Bezirk Köln-Leverkusen-  
Erftkreis

Frau Christine Linnartz	EUTB DeafGuideDeaf
Frau Tatjana Puris	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Susanne Steltzer	Caritasverband für die Stadt Köln e.V. Caritas-Zentrum Köln Kalk Leistungsbereichsleitung

### **Beratende Mitglieder**

Herr Thomas Welter	CDU
Frau Jennifer Glashagen	Volt

### **Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Erika Küllchen	Der Paritätische Wohlfahrtsverband wohn mobil PariSozial gGmbH Köln
---------------------	--

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Beate Hane-Knoll	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP
Herr Arian Stefanic	Auf Vorschlag von Volt
Herr Lars Wahlen	GRÜNE

Frau Susanne Kremer-Buttkereit begrüßt die Anwesenden.

Sie erläutert die Rahmenbedingungen und Regeln, die bei der Durchführung der Sitzung unter Pandemie-Bedingungen zu erfüllen und unbedingt einzuhalten sind. Außerdem gibt sie Informationen zur Durchführung der hybriden Sitzung.

Die Sitzung wird aufgezeichnet. Die Aufzeichnung wird jedoch nicht veröffentlicht, sondern dient nur der Erstellung der Niederschrift. Die Teilnehmenden sind einverstanden.

Die Anwesenden stimmen diesen Regelungen ausdrücklich zu.

Die Behindertenbeauftragte informiert darüber, dass in dieser Sitzung zusätzlich zur hybriden Technik auch die Simultandolmetschung in Leichter Sprache bzw. in einfacher Sprache angeboten wird. Nach der Sitzung werden die Erfahrungen ausgewertet und geprüft, ob dieser Service weiterhin angeboten werden soll.

Herr Intveen merkt an, dass die Wortmeldungen in den Protokollen in der letzten Zeit nur sehr kurz dokumentiert werden. Dies führt dazu, dass einige Entscheidungen nur schwer verständlich sind. Er bittet darum, dass die Wortbeiträge wieder ausführlicher festgehalten werden sollen.

Die Behindertenbeauftragte weist darauf hin, dass die Niederschriften möglichst authentisch den Sinn der Wortbeiträge festhalten. Sollte dies bei der aktuellen Niederschrift nicht gelingen, bittet sie um Rückmeldung.

**Nach Veröffentlichung wurden weitere Tagesordnungspunkte angemeldet bzw. zurückgestellt:**

- 3.1 Befragung zur Umsetzung des BTHG in Köln unter dem Motto: „Erste Bilanz – 1 Jahr“  
Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 12.6 und der Mitteilung 1904/2021  
2713/2021  
*Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.*
- 3.5 Sachstandsbericht Schwerbehindertenstelle  
3658/2021  
*- zugesetzt am 02.11.2021 -*
- 3.6 Anfrage zur Bewegungsstation Trude-Herr-Park  
3757/2021  
*- zugesetzt am 02.11.2021 -*
- 3.7 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderung in Köln  
2742/2021  
*Diese Mitteilung wurde zunächst unter TOP 2 Beschlüsse, Beschlussempfehlungen und Anträge als TOP 2.3 eingeordnet, weil ein Beschluss zur weiteren Vorgehensweise vorgesehen war. Da sich dies verschiebt, wurde der TOP nun unter Mitteilungen als TOP 3.7 eingefügt.*  
*- geändert am 16.11.2021 -*
- 4.3 Anfrage zum Bericht „Bildungsmonitoring Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen 2020/2021“, hier: Anfrage des Vertreters der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Paul Intveen vom 15.09.2021  
*- zugesetzt am 08.11.2021 -*

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden über die Ergänzung der Tagesordnung per E-Mail informiert.

### **Beratung von Tagesordnungspunkten**

Bei TOP 6.1 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept "2020: Köln I(i)ebt Vielfalt"  
3112/2021

handelt es sich um eine Beschlussvorlage.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft beschließen, dass dieser TOP unter TOP 2 (Beschlussvorlagen) mitbehandelt werden soll.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhalten die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Informationen zu

### **TOP 0.1 Beschlussprotokoll zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 20.09.2021**

### **TOP 0.2 Hybride Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik**

Mit diesen Vorgaben wird die Tagesordnung wie folgt genehmigt:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Geändertes Beschlussprotokoll zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 20.09.2021

Hybride Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

#### **1 Gespräch und Vorträge**

#### **2 Beschlüsse, Beschlussempfehlungen und Anträge**

2.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“  
1987/2021

2.2 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt  
2314/2021

#### **3 Mitteilungen, Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

3.1 Befragung zur Umsetzung des BTHG in Köln unter dem Motto: „Erste Bilanz – 1 Jahr 3.  
Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 12.6 und der Mitteilung 1904/2021  
2713/2021

3.2 Start 10 Beratungsstellen KIM Case Management für Kölner\*innen mit internationaler Familiengeschichte stadtwweit  
3273/2021

3.3 Barrierefreiheit Siegburger Straße und Zülpicher Platz  
3274/2021

3.4 Beantwortung einer Anfrage an die KVB aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 21.06.2021 zu ÖPNV - Barrierefreiheit der Internetseite und der Smartphone-App der KVB

3.5 Sachstandsbericht Schwerbehindertenstelle  
3658/2021

3.6 Anfrage zur Bewegungsstation Trude-Herr-Park  
3757/2021

3.7 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderung in Köln  
2742/2021

#### **4 Anfragen**

4.1 Anfrage zu Elektro-Tretrollern - Klärung von rechtlichen Grundlagen; hier: Anfrage der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Ellen Kuhn und Paul Intveen vom 18.10.2021

4.2 Anfrage zu baulichen Provisorien - Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei der Genehmigung; hier: Anfrage der Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Horst Ladenberger und

4.3 Anfrage zum Bericht „Bildungsmonitoring Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen 2020/2021“, hier: Anfrage des Vertreters der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Paul Intveen vom 15.09.2

#### **5 Bericht der Behindertenbeauftragten**

5.1 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2021

#### **6 Diversity**

6.1 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept "2020: Köln l(i)ebt Vielfalt"  
3112/2021

#### **7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**

#### **8 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **Geändertes Beschlussprotokoll zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 20.09.2021**

Am 20.09.2021 wurde eine Entscheidung zu TOP 2 falsch aufgeschrieben.

Es geht um den Punkt 2.1. Radverkehrskonzept Innenstadt.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden informiert, dass das Beschlussprotokoll geändert wurde. Die Niederschrift wird noch erstellt. Die Änderung wird direkt berücksichtigt.

### **Hybride Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik**

Die Oberbürgermeisterin hat zugestimmt, dass die Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik von nun an immer vor Ort und am Computer, also hybrid, stattfinden können.

## **1 Gespräch und Vorträge**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

## **2 Beschlüsse, Beschlussempfehlungen und Anträge**

### **2.1 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ 1987/2021**

Herr Intveen geht davon aus, dass sicherlich Menschen mit Behinderung in dem Konzept mitberücksichtigt werden. Allerdings finden sich im Konzept wenige Punkte, wo Menschen mit Behinderung ausdrücklich erwähnt werden.

Daher wurde in dem geänderten Beschlussvorschlag absichtlich die Verbindung zu den Zielen und Maßnahmen aus dem jeweils gültigen Handlungskonzept, zu „disability mainstreaming“ sowie zu der UN Behindertenrechtskonvention hergestellt. Es ist wichtig, dass bei allen Planungen und Strategien das Bewusstsein für die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung in Köln vorhanden ist. Daher hoffen die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik auf die Unterstützung der Mitglieder aller anderen Gremien und sowie der Mitglieder im Rat der Stadt Köln.

Herr Dr. Theisohn begrüßt die Ergänzung und unterstützt sie. Im ganzen Bericht wird ein Viertel der Kölner Bevölkerung (Menschen über 60 Jahre) nicht spezifisch angesprochen. Wichtige Themen wie ärztliche und pflegerische Versorgung oder Wohnversorgung werden nur allgemein angesprochen. Es wird aber nichts über die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen erwähnt. Dies muss spezifisch geplant werden. Die Seniorenvertretung wird in der nächsten Sitzung eine Ergänzung für den Bereich der Senior\*innen einbringen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln

(1) nimmt die Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ zur Kenntnis und erkennt sie als Kompass für die zukünftige Stadtentwicklung an.

(2) beschließt das Zielgerüst der „360-Grad-Perspektive“ als handlungsleitend für Politik und Verwaltung der Stadt Köln.

(3) legt fest, die 5 Zielkarten der „Stadräumlichen Perspektive“ bei künftigen Planungen der Verwaltung zu berücksichtigen und zu konkretisieren.

(4) beauftragt die Verwaltung, eine einjährige Testphase durchzuführen, während dieser alle relevanten Verwaltungsvorlagen mit einer Bewertung versehen werden, die angibt, ob die jeweilige Vorlage zur Zielerreichung (Zielgerüst der Stadtstrategie) beiträgt und/oder Zielen widerspricht. Nach einem Jahr wird evaluiert, ob die Kenntlichmachung in den Vorlagen fortgeführt oder ggf. angepasst wird.

(5) beauftragt die Verwaltung die Stadtstrategie zu operationalisieren und entlang der „Vorschläge für Handlungsempfehlungen“ durch das - die Umsetzung steuernde - Stadtentwicklungsteam Schlüsselprojekte zu definieren.

**(6) Ziele und Maßnahmen aus dem jeweils gültigen Handlungskonzept Behindertenpolitik sind bei der Ausgestaltung und Umsetzung der Kölner Stadtstrategie zu berücksichtigen. Bei der Entscheidung über Maßnahmen zur Umsetzung der Kölner Stadtstrategie muss die Idee des „disability mainstreaming“ in allen Entscheidungen zur Planung und Realisierung der gesetzten Ziele angewendet werden.**

**Alle Entscheidungen müssen im Einklang mit den Interessen behinderter Menschen stehen, deren Teilhabe sicherstellen und die UN Behindertenrechtskonvention als Basis haben.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **2.2 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt 2314/2021**

Herr Ladenberger erklärt, dass das vorliegende Konzept eine beeindruckende Zusammenstellung von Maßnahmen enthält. Es ist aufgefallen, dass bei allen Querschnittsthemen es erforderlich sein wird, diese noch einmal genauer zu spezifizieren. Im Handlungsfeld 9 wurden Gesundheit und Behinderung zusammengefasst. Dies legt nahe, dass Behinderung ein persönliches Problem ist und nicht ein gesellschaftliches. Dies entspricht aber nicht der heutigen Definition von Behinderung.

Der Beschluss hat schon viele Gremien durchlaufen. Er empfiehlt die Anlehnung an die Beschlüsse des Gesundheitsausschusses am 05.10.2021, der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik und der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender. Alle haben zusätzlich beschlossen, dass die Verwaltung die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung bekommen muss.

Frau Schmerbach schließt sich den Aussagen von Herrn Ladenberger an. Sie weist darauf hin, dass im Sozialausschuss die Notwendigkeit diskutiert wurde, in allen



Handlungsfeldern Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. Diesen Personenkreis nur im Handlungsfeld 9 zu berücksichtigen, ist zu einschränkend.

Herr Dr. Theisohn bemerkt, dass der Finanzausschuss bereits eine Stelle beschlossen wurde. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik hat sich daher dem Beschluss des Finanzausschusses angeschlossen.

Herr Bauer-Dahm erklärt, dass in der letzten Haushaltssitzung eine Stelle beschlossen wurde. Die halbe zusätzliche Stelle wurde zunächst nicht beschlossen.

Die Behindertenbeauftragte Frau Tomše informiert, dass das Büro der Behindertenbeauftragten und die Fachstelle für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen zur Zeit rund um den Aktionsplan Gespräche führen, um das Thema Inklusion stärker zu berücksichtigen.

Herr Intveen weist darauf hin, dass ohne die geeigneten Ressourcen der Aktionsplan nicht umgesetzt werden kann. Das Amt für Integration und Vielfalt wird diese Aufgabe mit dem vorhandenen Personal nicht übernehmen können, ohne dass dafür andere wichtige Aufgaben liegen bleiben.

Frau Kremer-Buttkereit erklärt, dass ihr Amt bereits mit dem Amt für Personal und Verwaltungsmanagement wegen der Stellen im Gespräch ist.

Aufgrund der Diskussion beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wie folgt.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik empfiehlt dem Rat, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt den LSBTI-Aktionsplan mit dem Titel: „Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ als erstes kommunales Handlungskonzept zum Abbau von Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Köln und nimmt diesen zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- die im vorliegenden LSBTI-Aktionsplan beschriebenen Maßnahmen umzusetzen **und dabei die Belange der Menschen mit Behinderung grundsätzlich zu berücksichtigen,**
  - ein Controlling für den Implementierungsprozess zu entwickeln und dieses durchzuführen,
  - den LSBTI-Aktionsplan fortzuschreiben und dabei Maßnahmen unter Einbeziehung der Expert\*innen der LSBTI-Communities weiterzuentwickeln
- und somit die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie die Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe von LSBTI-Menschen als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen der Stadtverwaltung weiter zu etablieren.

Für die Umsetzung einzelner Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien (Fachausschüsse oder Rat) herbeizuführen.

**Für die Umsetzung des LSBTI-Aktionsplans als Gesamtstrategie, die regelmäßige Berichterstattung, die Entwicklung und Durchführung eines Controllings sowie für die Fortschreibung des LSBTI-Aktionsplans beschließt der Rat die Bereitstellung und Finanzierung von zusätzlichen 1,5 Stellen für Fachstelle LSBTI, davon 0,5 Stellen in der Bewertung A 11 LBesG NRW und 1,0 Stellen in der Bewertung A 12 LBesG NRW.**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

### **3 Mitteilungen, Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

#### **3.1 Befragung zur Umsetzung des BTHG in Köln unter dem Motto: „Erste Bilanz – 1 Jahr“ Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 12.6 und der Mitteilung 1904/2021 2713/2021**

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

#### **3.2 Start 10 Beratungsstellen KIM Case Management für Kölner\*innen mit internationaler Familiengeschichte stadtwweit 3273/2021**

Herr Dr. Theisohn begrüßt das Konzept und fragt nach, ob die Stadt Köln das Modellprojekt nach Abschluss weiter fortführen wird. Im Seniorenbereich gibt es ähnliche sehr erfolgreiche Projekte (Guter Lebensabend NRW und Brücken-Modell), die ebenfalls fortgeführt werden sollen.

Frau Kremer-Buttgereit teilt mit, dass das Land mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz eine Verstärkung von KIM vorsieht.

Herr Ladenberger fragt nach, warum der Personenkreis auf die Altersgruppen 18 – 27 Jahre beschränkt ist. Frau Kremer-Buttgereit erklärt, dass dies aus organisatorischen Gründen erforderlich war. Es wird mit diesem Personenkreis gestartet, weil hier die besten Expertisen und Netzwerke sind und ein guter Start möglich ist. Für die Alleinerziehenden ist das Alterslimit aufgehoben. Aber wer mit 28 Jahren kommt und die Notwendigkeit der Unterstützung erkannt wird, wird nicht abgewiesen. Der Ausbau des Programms ist später möglich.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **3.3 Barrierefreiheit Siegburger Straße und Zülpicher Platz 3274/2021**

Herr Intveen erklärt, dass die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Mitteilung nachvollziehen können. Jedoch sieht er das Erfordernis einer umfassenden Planung, damit alle künftig von einer straßen- und verkehrsplanerischen Änderung profitieren. Dies gilt besonders, wenn es um die Vermeidung eines Interessenskonflikts zwischen Fußgängern, Fahrradfahrer\*innen und Autofahrer\*innen geht, weil eine schnelle Umsetzung einer Lösung notwendig scheint.

Es wird in der Mitteilung gesagt, dass „demnächst“ eine Ampel errichtet wird, die alle Anforderungen erfüllt. Dieses „demnächst“ ist jedoch nicht näher definiert. Damit ist der Übergang für sehbehinderte und blinde Menschen weiterhin nicht möglich.

Das beschließende Gremium Verkehrsausschuss hatte die entsprechende Vorlage bereits beschlossen, bevor die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Vorlage beraten konnte. Dies hat sich aus terminlichen Gründen so ergeben. Er bedauert dies. Für die Zukunft bittet er, dass die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik solche für sie wichtige Vorlagen früher bekommen. Er wünscht sich das Bewusstsein, dass schnelle Lösungen für andere Gruppen zu erheblichen Einschränkungen führen können und die Gruppe der Menschen mit Behinderung mitbedacht wird.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3.4 Beantwortung einer Anfrage an die KVB aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 21.06.2021 zu ÖPNV - Barrierefreiheit der Internetseite und der Smartphone-App der KVB**

Herr Intveen ist mit den Aussagen sehr zufrieden. Er hofft, dass das geschilderte angestrebte Ergebnis bald ausprobiert werden kann. Aus Sicht der Blinden und Sehbehinderten werden hier die richtigen Schritte gegangen, damit es zu einem guten Ergebnis führt.

Frau Beckmann von der KVB bedankt sich beim Arbeitskreis Barrierefreies Köln, der die KVB hierbei sehr gut unterstützt hat.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3.5 Sachstandsbericht Schwerbehindertenstelle 3658/2021**

Frau Klock stellt ihren Bericht vor.

Herr Dr. Theisohn bedankt sich für den Bericht. Er fragt, wie sich die Altersverteilung gestaltet. Er meint sich zu erinnern, dass die meisten der Schwerbehinderten über 60 Jahre alt sind. Dies wird von Frau Kock bestätigt.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3.6 Anfrage zur Bewegungsstation Trude-Herr-Park 3757/2021**

Herr Intveen hat den Eindruck, dass die Stationen nicht nach Kriterien der Barrierefreiheit ausgesucht wurden. Im Sportausschuss sollen hierzu Fragen gestellt werden, damit auch hier das Bewusstsein für Barrierefreiheit durch die Fragen transportiert werden kann.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3.7 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Behinderung in Köln 2742/2021**

Die von der Verwaltung nach einer Umfrage bei den beteiligten Ämtern erstellte Mitteilung reicht den Mitgliedern der StadtAG nicht aus.

Herr Intveen erklärt, dass sie für weitere Entscheidungen noch Informationen benötigen. Die Verwaltung erarbeitet derzeit eine Evaluierung der Erfahrungen dieser Pandemie. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sind sehr interessiert an dieser Auswertung und den Schlussfolgerungen. Als Beispiel nennt er, dass Menschen mit Behinderung außerhalb von Einrichtungen große Probleme hatten und sich verloren vorkamen.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik möchten gerne beteiligt werden und ihr Wissen und ihre Erfahrungen in den Maßnahmenkatalog einbringen. Die politische Zuständigkeit für diese Fragestellung sieht er eher im Sozialausschuss und im Gesundheitsausschuss.

Herr Dr. Theisohn weist darauf hin, dass im Arbeitskreis Vulnerable Gruppen keine Ansprechperson der Seniorenvertretung beziehungsweise die Betroffenen selbst beteiligt waren. In der Mitteilung sind die Senior\*innen nicht erfasst. Aber auch diese haben stark unter den Folgen der Pandemie gelitten. Treffen und andere Zusammenkünfte waren nicht mehr möglich. Auf diese Probleme läuft Köln gerade wieder zu, weil für viele der Betroffenen auch 2G oder 2Gplus zu gefährlich ist.

Herr Intveen ergänzt seinen Vortrag und weist darauf hin, dass zurzeit die Digitalisierung als die „Lösung für alles“ beschrieben wird. Dies ist aber nur für die Menschen gut, die digital arbeiten können. Leider trifft dies aber nicht auf alle zu. Bei Planungen sollte also nach Lösungen gesucht werden, wie alle erreicht werden können. Niemand darf allein gelassen werden.

Herr Ladenberger ergänzt, dass am 30.09.2021 durch Bündnis 90/Die Grünen eine Anfrage zu diesem Thema in den Sozialausschuss eingebracht wurde. Die Beantwortung steht noch aus. Außerdem schließt er sich seinen Vorrednern an und ergänzt, dass der Maßnahmenkatalog jetzt erstellt werden muss und nicht erst zum Ende der Pandemie. Niemand kann zurzeit abschätzen, wann dies der Fall sein wird.

Herr Kluwig weist darauf hin, dass die genannten Probleme auch bei psychisch Erkrankten auftraten. Der Maßnahmenkatalog muss auch diese Menschen berücksichtigen.

## **4 Anfragen**

### **4.1 Anfrage zu Elektro-Tretrollern - Klärung von rechtlichen Grundlagen; hier: Anfrage der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Ellen Kuhn und Paul Intveen vom 18.10.2021**

Herr Intveen erläutert die Anfrage. Ziel ist, dass die Stadtverwaltung Vorgaben macht und sich davon wegbewegt, dass die Stadt alles möglich machen muss. Die Stadt soll alle Möglichkeiten zur Regelung ausschöpfen, die sie hat. Es gibt inzwischen ein Gerichtsurteil, das feststellt, dass es sich bei einer solchen Nutzung um eine Sondernutzung handelt. Damit könnte die Stadt enge Maßstäbe setzen, um die Teilhabemöglichkeit und die Gesundheit der übrigen Strassennutzer\*innen zu schützen.

Frau Schmerbach bestätigt, dass ihre Fraktion eine solche Forderung gestellt hat.

Herr Intveen bittet die Vertreter\*innen der Fraktionen um Unterstützung.

Herr Intveen bittet im Namen der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen, die Anfrage bis zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu beantworten.

### **4.2 Anfrage zu baulichen Provisorien - Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei der Genehmigung; hier: Anfrage der Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Horst Ladenberger und**

Herr Intveen erläutert die Anfrage und bittet im Namen der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen, die Anfrage bis zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu beantworten.

### **4.3 Anfrage zum Bericht „Bildungsmonitoring Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen 2020/2021“, hier: Anfrage des Vertreters der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Paul Intveen vom 15.09.2**

Herr Intveen erläutert die Anfrage und bittet im Namen der Vertreter\*innen der Behindertenorganisationen und –selbsthilfegruppen, die Anfrage bis zur nächsten Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu beantworten.

## **5 Bericht der Behindertenbeauftragten**

### **5.1 Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik 2021**

In 2021 wird zum zehnten Mal der Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik (KIB) verliehen.

Mit dem Preis werden beispielhafte Projekte aus Köln ausgezeichnet, an denen Menschen mit Behinderung beteiligt sind.

In diesem Jahr haben sich 21 Projekte beworben. Die Jury, bestehend aus

- der Oberbürgermeisterin,
- dem diesjährigen Prominenten Stefan Brings,
- dem Vorsitzenden des Sozialausschusses, Daniel Bauer-Dahm,
- den Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, Ellen Kuhn und Horst Ladenberger, und
- der Behindertenbeauftragten Mirjam Tomše,

hat die Projekte geprüft und sich geeinigt.

Es wurden ein erster Preis und zwei zweite Preise ausgesprochen. Daneben werden vier Projekte eine Belobigung erhalten.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft nehmen den Bericht zur Kenntnis.

## **6 Diversity**

### **6.1 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept "2020: Köln l(i)ebt Vielfalt" 3112/2021**

Herr Intveen betont, dass auf Initiative von der Behindertenbeauftragten die Anlagen zu TOP 2.2 und 6.1 barrierefrei erstellt und zur Verfügung gestellt wurden. Er bedankt sich dafür und bittet darum, dass künftig alle Unterlagen zu den Sitzungen barrierefrei eingestellt werden. Hierfür gibt es eine stadtinterne Vereinbarung, die aber bisher kaum umgesetzt wurde. Bisher stehen selten barrierefreie Dokumente zur Verfügung.

Die Behindertenbeauftragte erklärt, dass tatsächlich noch nicht alle Vorgaben zufriedenstellend umgesetzt sind. Im Amt für Integration und Vielfalt wurde beschlossen, dass das Amt hier einen neuen Standard setzen und diesen Standard auch in andere Gremien tragen will, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit und auch die Machbarkeit zu stärken.

Zur Vorlage erklärt Herr Intveen, dass er den Bericht enttäuschend findet. Zuwenig Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung haben in den letzten fünf Jahren an den Schulungen teilgenommen. Dies muss sich ändern. Der Begriff „Diversity“ wird eingeschränkt auf Herkunft, sexuelle Orientierung und religiöse Orientierung betrachtet. Das Thema Behinderung hat er gar nicht gefunden.

Er bittet um eine Neuorientierung. Zudem fordert er, dass die Stadtverwaltung dem Thema eine größere Relevanz einräumt. Die Umsetzung des Controllings hält er für problematisch, da rechtlich viele Fragen nicht gestellt werden dürfen, wie die Fragen nach sexueller Orientierung oder die Ursachen von Behinderung. Ohne freiwillige Auskünfte werden hier keine Erkenntnisse gewonnen. Dieses Konzept muss neu überdacht werden. Er bittet auch, die möglichen Fragen mit den Betroffenen abzustimmen.

Frau Kremer-Buttkereit erläutert, dass in dem Bericht Schulungen mit wenigen Teilnehmer\*innen benannt sind, aber dieses Thema auch zu den Reformprojekten der Stadt Köln gehörte. In diesem Rahmen wurden alle Mitarbeiter\*innen des damals zuständigen Dezernatsbüros für Soziales, Integration, Umwelt und Gesundheit sowie die Führungskräfte der dazu gehörenden Ämter geschult. Hierdurch ergibt sich keine große Personengruppe, aber der Ansatz ist strategisch richtig gewesen. Erstmals

wurden hierüber Teams, die miteinander arbeiten, für diese Themen sensibilisiert. Die Zahlen geben auch nicht Auskunft darüber, wie viele Menschen tatsächlich erreicht wurden, weil solche Themen letztendlich in viele allgemeine Fortbildungen eingeflossen sind. Ein Beispiel sind die Fortbildungen für Pressearbeit. Hier wird erarbeitet, wie die Beschäftigten diskriminierungsfreie Pressemitteilungen schreiben. Der Fragencheck ist ein Aushandlungsprozess mit dem Personalamt und der Personalvertretung. Die Abfragen werden auf freiwilliger Basis erfolgen. Es wird ein langer Prozess sein, der aber irgendwann starten muss.

Herr Bauer-Dahm weist darauf hin, dass Punkt 19 des Controllingberichtes sich auf Assistenzleistungen bezieht, die von den Ämtern für die politische Teilhabe gezahlt werden. Hierfür wurden 150.000 € zusätzlich bewilligt. Dieses Geld ersetzt nicht die bisherigen Ausgaben, sondern ist als „On Top“ gedacht, das heißt zusätzlich. Hieraus sollen Assistenzleistungen gezahlt werden, für die bisher kein Geld vorhanden war.

Herr Intveen betont, dass er selbstverständlich das Konzept unterstützt. Er möchte seinen Bericht als Impuls verstanden wissen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt dem Rat zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt den vorliegenden 2. Controlling-Bericht (2018 - 2021) des Diversity-Konzeptes „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung,
  - a. dass die aus dem Controlling-Bericht als priorisierte Maßnahme „Diversity Check – IstAnalyse“ im Haushaltsjahr 2022 umgesetzt wird.
  - b. dass die Ergebnisse der Analyse sowie daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen dem Rat der Stadt Köln nach Abschluss der Erhebung vorzulegen sind.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

### **7 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

### **8 Verschiedenes**

#### **Bericht aus dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln**

Herr Intveen berichtet aus dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln. Dort stehen zur Zeit zwei Großprojekte zur Beratung an. Es gibt einen intensiven Austausch mit der Verwaltung zu der Fortführung des Rheinboulevards und zum Großprojekt „Ausbau Deutzer Hafen“. Beim Deutzer Hafen geht es um den barrierefreien Ausbau des öffentlichen Raumes.

## **Verabschiedung von Herrn Horst Ladenberger**

Herr Intveen verabschiedet für die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Herrn Ladenberger und dankt für sein Engagement. Er würdigt seine Leistungen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Leider endet seine Mitgliedschaft in dem Gremium heute. Die Mitglieder wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Herr Ladenberger bedankt sich bei allen, besonders bei Frau Kremer-Buttkereit, die er schon lange kennt, und bei Herrn Intveen. Herr Ladenberger erklärt, dass er die Arbeit in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik deshalb gerne und auch für ihn zufriedenstellend machen konnte, weil er sie im Rahmen seiner Arbeit im Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln durchführen konnte. Damit war er auch gut vernetzt.

Er vermisst die großen Versammlungen in Deutz, weil er als eine Stärke des Gremiums die Bewusstseinsbildung für Inklusion untereinander und bei anderen sieht. Er hofft, dass es irgendwann wieder möglich sein wird.

Er erklärt, dass seine Funktion Ellen Kuhn übernehmen wird, die bisher seine Stellvertreterin war. Die Vertretungsfunktion übernimmt Dr. Klara Groß-Elixmann.

Frau Kremer-Buttkereit dankt Herrn Ladenberger auch im Namen der Verwaltung.

## **Nächste Sitzung**

Frau Kremer-Buttkereit bedankt sich bei allen Teilnehmer\*innen und weist darauf hin, dass die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 31.03.2022 um 13:00 Uhr im Spanischen Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121) stattfindet. Frau Oberbürgermeisterin Reker hat den Vorsitz.

Gez. Susanne Kremer-Buttkereit  
(Vorsitzende /  
stellvertretende Amtsleitung)

gez. Hannelore Lachmayr  
(stellvertretende Schriftführerin /  
Geschäftsführung  
Stadtarbeitsgemeinschaft  
Behindertenpolitik)